

Rücklagen 1988 dienen Steuerung der Liquidität

Die Kritik der Opposition an der Rücklage von 300 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1988 wies die SPD-Mehrheit des Landtags zurück und lehnte den CDU-Antrag, dem der Prüfungsbericht des Landesrechnungshofs zugrunde lag (Drs. 11/2008) ab.

Helmut Diegel (CDU) erläuterte das vom Landesrechnungshof so benannte 300-Millionen-Phänomen als Überraschung, die der Finanzminister in das Haushaltspaket 1988 geschmuggelt habe. Bei einem Überschuß in dieser Höhe hätte der Minister nicht nach freiem Ermessen handeln dürfen. Wenigstens hätte er den Nachtragshaushalt ändern müssen. Er habe gegen die Verfassung und gegen zwingendes Haushaltsrecht verstoßen. Er habe mit den 300 Millionen am Parlament vorbei eine Schwarze Kasse geführt. Das sei wissentlich und mit Methode geschehen.

Günter Harms (SPD) hielt die Verweigerung der Entlastung durch die CDU nur für einen Vorwand. Der unabhängige Landesrechnungshof solle zur Berichterstattung gezwungen werden, sei aber nicht an Weisungen gebunden. Darüber hinaus sei das CDU-Begehren abzulehnen, weil nach der Landeshaushaltsordnung drei Möglichkeiten für den Umgang mit Überschüssen vorgesehen seien. Die Rücklagenbildung sei auch in CDU-regierten Ländern bis 1988 nicht beanstandet worden. Die Rücklagen dienten zur Steuerung der Liquidität des Landes, das sei sinnvoll.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) bemängelte am Landesrechnungshof, im Bericht 1988 die 300 Millionen nicht erwähnt und auch den Bericht nicht ergänzt zu haben. Vor dem Hintergrund von Entlastung sei es merkwürdig, Rendite aufzunehmen, um Rücklagen zu bilden. Die F.D.P. halte das für rechtlich nicht in Ordnung und könne die Landesregierung nicht entlasten.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) warf dem Finanzminister vor, mit seinem seriösen Bonus sehr leichtfertig umzugehen. Vor der Öffentlichkeit vermische er Probleme, die nichts miteinander zu tun hätten. Liquiditätssicherung sei eine Daueraufgabe. Rücklagen, die sofort wieder aufgelöst würden, trügen dazu nichts bei, nutzten jedoch der politischen Argumentation. Die Nettoneuverschuldung erscheine niedriger, das sei ein phantastischer Trick, jedoch trügerisch. Weitere Tricks lägen vor. In die Prüfung sollten die Rücklagen 1989 und 1990 einbezogen werden.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bestand auf sinnvoller Haushaltswirtschaft durch Rücklagen. Kurzes Geld sei teurer als langes Geld. Die Wiedereinbringung der Rücklagen in den Haushalt sei mit Billigung des Parlaments geschehen. Mit gleichem Erfolg habe die Finanzministerin von Niedersachsen ein solches Verfahren praktiziert.

CDU-Vorstoß findet Zustimmung im Plenum

Energiepaß für Gebäude einführen

Der CDU-Antrag „Reduzierung von CO₂-Emissionen im Gebäudebereich – Einführung eines Energiepasses“ (Drs. 11/2013) wurde bei grundsätzlicher Zustimmung der Fraktionen und der Ministerin in die Ausschußberatung überwiesen. Sowohl zur Energieeinsparung bei der Wärmeerzeugung als auch zur Förderung der Beschäftigung hielten die Fraktionen den Vorschlag für diskussionswürdig.

Franz Püll (CDU) sagte zur Begründung des CDU-Antrags, der Schutz der Ozonschicht und die Verringerung des Treibhauseffekts seien lebenswichtig für uns und die nächsten Generationen. Mit dem CO₂-Mindeprogramm vom November 90 solle bis zum Jahr 2005 die Emission in den alten Bundesländern um 25, in den neuen um 30 Prozent verringert werden. NRW sei besonders gefordert wegen seiner Bevölkerungsdichte. Im Gebäudebereich seien größte Einsparungen möglich. 51 Prozent der Heizenergie werde aus Öl gewonnen, pro Jahr und Quadratmeter würden 22 Liter Öl verbraucht. Größte Wärmeschutz-Effizienz sei in Altbauten zu erreichen. Hochqualifizierte Fachbetriebe stünden für die Installation bereit, auch für erneuerbare Energien für die Restwärme. Der Energiepaß diene der Auskunft über Energieverbrauch und Heizform von Gebäuden.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) hielt eine grundsätzliche Umstellung des Energiesystems für erforderlich. Vor allem fossile Energieträger verursachten die hohen Kohlendioxidanteile. Verstärkte Anstrengungen beim Energiesparen könnten ferner im Wärmebereich weiteres bewirken. Vor einem Jahr habe die SPD in einem öffentlichen Forum konkrete Einsparpotentiale durch Experten deutlich gemacht. Das Merkblatt „Ökologisches, energiesparendes und solares Bauen“ der Bauministerin sei richtungsweisend. Im Sinne von Steigerung der ökologischen Qualität beim Städtebau werde der CDU-Antrag unterstützt.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) stimmte dem Antragsanliegen ebenfalls zu, auch wenn NRW hier eine Vorreiterrolle übernehmen solle. Die größten Energieeinsparungen lägen im Kleinverbrauch und in den Haus-

halten. Zu warnen sei aber vor der Verknüpfung von Energiesparmaßnahmen mit Wohnungsbauförderung und vor großem Verwaltungsaufwand bei der Prüfung von vorgegebenen Standards. Unternehmen mit dem Know-how für Energiesparen sollten Anreize erhalten für diese Form von Arbeit. Bevor privaten Verbrauchern ein Energiepaß übergestellt werde, sollten öffentliche Gebäude umgerüstet werden.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) wunderte sich über den energiepolitischen Konsens aller Fraktionen, denn der Kern der CDU-Forderungen entspreche der Grünen zur Kohlendioxid-Reduktion und stütze sich auf den Bericht der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre. Leider sei der Grünen-Antrag im Herbst 1990 in die Ausschußberatung abgeschoben worden. Das Handeln hinke gefährlich hinter den Worten her. Vielleicht habe ein Antrag mehr Chancen, der sich nicht mit Unternehmen oder Autofahrern anlege. Mit Ausnahme des Lobgesangs auf die Bundesregierung für noch gar nicht durchgesetzte Regelungen stimmten die Grünen dem CDU-Antrag zu.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) kündigte für den Herbst 1991 einen Klimabericht der Landesregierung an, der auch Energiesparpotentiale im Gebäudebereich behandeln werde. Durch den großen Wohnungsbedarf werde es unweigerlich erst einmal neuen Energieverbrauch geben, im Altbestand müßte Umbau stattfinden, dessen Kosten deckung sich nicht abzeichne. Vorreiter NRW sei gut und schön, aber der Konflikt zu den Lücken im Wohnungsmarkt sei offenbar. Das Land habe nur beschränkte Möglichkeiten, der Bund lasse es bei beiden Aufgaben im Stich. Im Bundesrat habe NRW einige Initiativen vorgelegt, leider ohne Erfolg.



Im Zentrum für Umweltschutz und Energietechnik der Handwerkskammer Düsseldorf in Oberhausen informierten sich CDU-Abgeordnete über Meßgeräte für Handwerksbetriebe, v.r.: Franz Püll (CDU), Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf, Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender. Foto: IHK Düsseldorf